

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Friedensbedingungen der deutschen Nationalversammlung.

Kommunistenherrschaft in Bayern? — Keine Räterepublik im Ruhrgebiet. — Braunschweiger Bürgerkrieg.

Bauernbund und Landbündler.

Der Ausschuss des Deutschen Bauernbundes hat sich bekanntlich einstimmig für einen Anschluss an die Deutsche demokratische Partei entschieden. Das hat in Bündlerkreisen die Schale des Jornes zum Ueberlaufen gebracht und Freiherr v. Wangenheim regte sich in der Bündlerversammlung darüber auf.

„Wenn aber heute noch sich landwirtschaftliche Führer finden, welche es auch in dieser Zeit für ihre verdienstliche Aufgabe halten, den ländlichen Besitz, die Landwirte untereinander zu verheben und zu verteidigen, wenn es heute landwirtschaftliche Führer gibt, welche erklären: Wir haben Gottesdienst nicht umzulernen, wir sind immer Demokraten gewesen und schließen uns der jüdisch-demokratischen Partei an.“

Der Führer des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhme, gibt hierauf dem Freiherrn v. Wangenheim im „Deutschen Bauernbunde“ die richtige Antwort, indem er feststellt, daß der Deutsche Bauernbund sich nicht einer jüdisch-demokratischen, sondern der Deutschdemokratischen Partei anschloß und weiter sagt: „Welch ein hohes Maß von Dreistigkeit liegt in der Unterstellung, als ob die Deutsche demokratische Partei oder auch nur ein anfänglicher Teil ihrer Mitglieder oder einzelne ihrer Führer bereit sein könnten, allgemeine deutsche Interessen jüdischen Sonderwünschen zu opfern.“

Dann aber wächt er den Führern des Bundes der Landwirte recht gründlich den Kopf. Ihre Kampfesweise wird gebührend gegeißelt, die Ueberhebung, mit der sie im Landes-Defonomie-Kollegium sich über die Bauern äußerten, die Rücksichtslosigkeit, mit der sie an den Privilegien und Vorrechten des Großgrundbesitzes bei der Verteilung in Kreisrat, Provinz und Landwirtschaftskammer festhalten, die Schamlosigkeit, mit der sie steuerliche Bedrohungen, durch den Schorlemerschen Fideikommiß-Gesetzentwurf verteidigten, die politische Kurzsichtigkeit, mit der sie notwendige Reformen hinderten und durch die sie an dem gewaltsamen Umsturz und einer übermäßigen Radikalisierung schuldig wurden.

„Niemand“, ruft er Herrn v. Wangenheim zu, „hat eine Politik einen größeren Schiffbruch erlitten, als die Ihre. Was sind Sie heute noch? Wir haben Ihnen immer zu bedenken gegeben, daß wir in einem Staate leben, in dem 3/4 der Bevölkerung nicht mehr landwirtschaftlich tätig ist, daß diese Nachbarschiebung auch früher oder später in allen Parlamenten zum Ausdruck kommen wird. Sie haben den Ernst dieser Tatsache nie begriffen können und wollen.“ — „Wir wollen nicht, daß die Landwirtschaft in hoffnungsloser Opposition steht. Wir wollen nicht registriert werden, sondern Einfluss heißen auf die Gesetzgebung.“

Einfluß wollten ja freilich die Führer des Bundes der Landwirte auch, aber sie wollten den Einfluss nicht für die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, sondern allein für den Großgrundbesitz. Als Herr Gestermann, der Wandelbare, sich noch zum Deutschen Bauernbunde zählte, da hat er aus der Schule geplaudert und gesagt, wie der Großgrundbesitz die Bauerninteressen behandelte. Er wußte Weisheit, weil er selbst Jahre hindurch Vertrauensmann des Bundes der Landwirte gewesen war, ehe er zum Bauernbund ging. Er erzählte auf allen Versammlungen, wie die Führer des Bundes der Landwirte sich von den Bauern gar nicht einmal sprechen ließen, wie diese stundenlang demütig auf eine Audienz harren mußten, um dann brüsk fortgeschickt zu werden, wie der Bauern, die auf einer Bündlerversammlung sprechen wollten, die Erlaubnis dazu nur erhielt wurde, wenn sie vorher den Wortlaut ihrer Rede einreichten und sich verpflichteten, nur genau so zu sprechen, wie es die bündlerischen Zensoren ihnen vorschrieben. Dies und demokratische Verhalten, die Rücksichtslosigkeit, mit der die Bündler über Bauerninteressen und Bauernwünsche hinweggingen, hat den Bauernbund geschaffen und dieser hat erkannt, daß er — er stand ja früher den Nationalliberalen näher — bei der Deutschen demokratischen Partei seine Interessen am besten gewahrt sieht. Dr. Böhme weist darauf hin, daß es noch schwere Kämpfe in manchen Fragen geben wird, doch sagt er weiter:

„Die begründete Hoffnung besteht aber, daß in der Deutschen demokratischen Partei die Anhänger einer gesunden Bauernpolitik ausschlaggebend sein werden, aber der Weg mit Ihnen (dem V. d. L.) ist ohne jede Hoffnung.“

„Wenn Sie politisch klug sein würden, würden Sie uns diesen Schritt danken. Sie würden nachträglich froh sein müssen über die Politik, die wir seit Jahren getrieben haben und die uns im Interesse der Landwirtschaft die heutige Entscheidung erlaubt. Das einzuziehen — das zeigen Ihre Ausführungen — fehlt Ihnen politischer Verstand und Seelenruhe.“

Man muß zugestehen, am Deutlichkeit hat es Dr. Böhme Herrn v. Wangenheim und seinen Freunden gegenüber nicht fehlen lassen. Aber die Herren sind unbeschwerbar. Sie machen auch weiter ihre alte Politik, versuchen in Maßregeln Bauern gegen den Bauernbund mobil zu machen und werden dann den Bauern, die ihnen etwa folgen sollten, die gleichen Enttäuschungen bereiten. Freilich hätten ihnen wenige folgen, denn die Bündlerpolitik vor dem Kriege war nicht dazu angetan, die Bauern für den V. d. L. zu erwärmen und im Kriege hat der krasse Egoismus des Großgrundbesitzes diesem das Bauernium vollends entfremdet.

Der Friede und die Ostfragen.

In der vergangenen Woche fanden die Verhandlungen, zu welchen die Preussische Staatsregierung sachverständige Vertreter aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien im Hinblick auf die große Bedeutung der Ostfragen bei der Friedenskonferenz geladen hatte, wie bereits kurz gemeldet, ihren Abschluß.

Mit großem Fleiß und großer Umsicht haben die Kommissionen der einzelnen Provinzen eine Fülle von Material gesammelt und damit die Vorarbeiten der Regierung auf das wertvollste unterstützt. Bei den Sitzungen war die Regierung durch Kommissare vertreten. In allen Einzelberatungen der provinziellen Sachverständigen wurde unterjähriglos der Wille und das Recht zu einer unversehrten Erhaltung der Ostprovinzen beim preussischen Staate durch die Friedenskonferenz an die Spitze gestellt. Die

Polen hätten weder völkisch noch historisch ein Recht, Ansprüche auf Teile von Ostpreußen, Ost- und Westpreußen zu erheben, wobei die Frage der urdeutschen Stadt Danzig mit besonderer Schärfe behandelt wurde. Auch für die Provinz Posen treffe die Feststellung des unbestreitbar polnischen Landes keineswegs zu. Selbst da, wo die Polen den Grundbesitz in ihren Gunsten angewandt wissen möchten, zeige sich eine so starke Durchdringung deutscher und polnischer Bevölkerung und allerorten so rein deutsches Wirtschaftsleben und deutsche Kultur, daß die Abtrennung von Gebietsteilen eine Preisgabe deutschen Lebens und starker deutscher Rechte bedeuten würde.

Bei der Gelegenheit erfuhr das derzeitige Verhalten der Polen in den besetzten Teilen der Provinz Posen schärfste Zurückweisung. Ihr Vorgehen innerhalb einer zum preussischen Staatsgebiet gehörigen Provinz bedeute einen Rechtsbruch und politischen Gewaltakt. Die Behandlung der Deutschen, nicht zum wenigsten der Beamten, stünde in schärfstem Widerspruch mit der von den Polen immer wieder propagierten Behauptung der Reziprozität im „polnischen Staate“. Die Polen griffen dem Friedenskonferenz sowie der Regelung der Gebietsgrenzen durch den Völkerbund in einer allen Gesetzen und Empfindungen hochgradig entgegen und suchten durch Beilegung preussischer Hoheitsrechte und Anschließung regierungsseitigen Einflusses schon vor dem Friedensschluß ein unbestreitbar polnisches Land zu schaffen. Die Kommissionen aller Provinzen sprachen sich einmütig für den Schutz der nationalen Minderheiten im Staatsgebiete aus, gaben aber der Erwartung Ausdruck, daß die Reziprozität in außerdeutschen Gebieten mit allen Mitteln auf der Friedenskonferenz angebracht werde.

Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die Wiederanbahnung der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit den östlichen Nachbarstaaten und die Schaffung eines internationalen Arbeiterrechts in Anspruch.

Mit einer Vollversammlung der Sachverständigen sämtlicher Ostprovinzen, der auch der Vorsitzende Graf Bernstorff vom Reichsministerium des Innern und Professor Dr. Schücking von der fünftägigen deutschen Friedensdelegation beizuhöhen, unter Leitung des Unterstaatssekretärs Heinrichs vom Staatsministerium und Beteiligung sämtlicher preussischer Ministerien endeten die Verhandlungen. Zusammenfassend stellen sie eine ernste, scharfe Befundung vaterländischen Empfindens dar, mit dem Ziel ungehinderter Erhaltung der Ostprovinzen bei Preußen-Deutschland. Die preussische Staatsregierung dankte hierfür und jagte dem Wunsch aller Anwesenden entsprechend zu, für eine starke Vertretung Preußens bei der Behandlung der Ostfragen auf der Friedenskonferenz zu sorgen und sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß die Gefahren, die Preußen und seinen unbestreitbar deutschen Gebieten im Osten drohen, abgehalten würden. Entgegen flehmigen Auffassungen, daß über Gebietsabtretungen bereits entschieden wäre, müßte immer wieder nachdrücklich betont werden, daß hierüber allein die Friedenskonferenz zu bestimmen hätte, auch über die jenseits der — durch militärische Inzuffizienz geschaffenen — Demarkationslinie liegenden Teile der Provinz Posen. Bei Behandlung der Gebietsabtretungsfragen wäre die Regierung durch die Annahme der Wilsonschen Punkte gebunden, unter keinen Umständen aber verpflichtet, darüber hinauszugehen.

Die Verhandlungen über Danzig in Spa.

Die „Mitteltage“ der Waffenstillstandskommission“ bringen eine ausführliche Darstellung der Sonderverhandlungen in Spa über die Frage der Danziger Landung. Die Verdienste des Herrn Erzberger, an denen ja dank der emigen Selbstbelobigung des Herrn Reichsministers kein Mensch mehr zweifeln wird, sind in diesem Bericht dermaßen unterstrichen, daß man beiseite der Meinung sein darf, es sei nun genug getan für den Nachruhm Erzbergers. Immerhin findet sich in dem Bericht eine Schilderung der Besprechungen, die von allgemeinerem Interesse ist. Es fanden vier Besprechungen statt, davon zwei zwischen Erzberger und Foch unter vier Augen.

Das Ergebnis der ersten Besprechung ließ bereits erkennen, daß das Abkommen, dessen Entwurf Foch in der zweiten Sitzung vorlegte, dem Standpunkt Rechnung tragen werde. Jedenfalls hatte Erzberger bereits die grundsätzliche Zustimmung des Marschalls, daß die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen, Danzig und Westpreußen in keiner Weise berührenden Transportwege einer Prüfung unterzogen werden, und, falls sie die nötigen Garantien der Sicherheit und Schnelligkeit böten, benützt werden sollten.

Immerhin ergaben sich jedoch in der zweiten, in Gegenwart des Generals Rubant, des Generalstabeschefes Weygand, des Generals von Hammerstein und des Unterstaatssekretärs Langewertch von Simmern geführten Verhandlung noch ganz erhebliche Differenzpunkte. Foch schien ziemlich gereizt über die Selbstverständlichkeit, mit welcher der deutsche Standpunkt auch hier aufrechterhalten wurde, und äußerte: „Ich allein bin maßgebend für die Anlegung der Waffenstillstandsverträge. Ich habe das Recht, in Danzig zu landen, und lasse mir dieses Recht von niemand bestreiten.“ Wenn es sein muß, werde ich mir den Durchzug durch Danzig mit Kanonen erzwingen.

In der Tat blieb nichts anderes übrig, als das von der Entente in solch nachdrücklicher Weise in Anspruch genommene Recht, immerhin mit dem Zusage „nach der Auffassung der Alliierten“, in den Vertrag aufzunehmen. Dadurch wurde der abweichende deutsche Rechtsstandpunkt gewahrt.

Am Schlusse dieser Besprechung wurde dann der bereits erwähnte Entwurf von Foch dem Marschalls Foch vorgelegt, welcher das Durchzugsrecht durch Danzig, nicht nur für die Ententetruppen, sondern als mit ihnen identisch auch für die Armee des Generals Haller aufrechterhielt und am Schlusse für den Marschall Foch die Möglichkeit offen ließ, immer wieder auf dieses Recht zurückzukommen. Die deutschseits vorgeschlagenen Transportwege sollten einer Prüfung unterzogen werden. Die gesamten deutschen Vorschläge aber wurden in ein Sonderabkommen verwiesen.

Daraufhin verlangte Erzberger eine zweite Unterredung mit Foch allein. Sie fand in dessen Salonwagen statt und dauerte von 3 bis 4 1/2 Uhr. Sie verlief äußerst bewegt. Denn Marschall Foch wehrte sich nunmehr mit äußerster Zähigkeit gegen jede Erweiterung oder Verlebung des Vertragsentwurfs. Auch die Formulierung der gegenständlichen Garantien verlor nicht ohne kritische Zwischenfälle, in deren Verlauf sich Marschall Foch wiederholt zum ruhigen Nachdenken zurückzog. Als Erzberger um 4 1/2 Uhr den Salonwagen des Marschalls Foch verließ, waren die Hauptpunkte endlich geregelt. Inzwischen hatte die beiderseitige Unterkommission die deutschen Transportvorschläge im einzelnen geprüft.

In der letzten Sitzung, in der Villa Renobois, in Anwesenheit sämtlicher an allen Verhandlungen beteiligten Mitwirkenden, waren dann im wesentlichen nur noch formale Fragen zu erledigen. Die Unterzeichnung des Hauptabkommens erfolgte um 7 1/2 Uhr durch Foch und Erzberger, die des Sonderabkommens durch Major v. Bötticher und den französischen Oberst Le Fort.

Nationalversammlung.

(Schluß des Verhandlungsberichts. Vgl. Morgenbl.)
Sitzung vom 10. April. Staatsberatung.

Abg. von Bayer (Demokr.): Wir sind leider nicht so populär, wie die Nationalversammlung von 1848. Wir leiden auch hier unter der Wahl unseres Tagungsortes. In einigen Monaten hoffen wir wieder in das dem deutschen Volke geweihte Haus in Berlin einzuziehen. Die bevorstehende Verständigung mit Deutsch-Oesterreich ist das einzige Ereignis, was uns auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bevorsteht. Die Nationalversammlung will die Verständigung durchgeföhrt wissen. Einem Reichswirtschaftsrat, wenn er auf wirtschaftlichem Boden stehen bleibt, setzen wir nicht entgegen, wenn wir auch schwere Bedenken gegen ihn haben. Aber das Räteystem, das einseitigen Ständes, Gewerks- und Interessensvertretungen ausschließlich die politische Macht in die Hände spielen will, werfen wir grundsätzlich und entschieden. Wir setzen zwar in dem Privatbetriebe die beste Wirtschaftsform, sind aber im Interesse des Friedens und unserer Ruhe bereit, mit der Regierung in der Sozialisierung so weit zu gehen, als sie selbst uns vorschlägt. Wir teilen der Regierung weiterhin unser Vertrauen zur Verfügung, denn höher als alles andere steht uns jetzt die Rettung des Vaterlandes.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Anlaß zur schärfsten Kritik ist gegeben, denn was haben die Väter der Revolution beschlossen und was haben sie gehalten? Was ist aus unserem Vaterlande geworden, seitdem die Revolution herrscht? Der Ministerpräsident feierte den Sieg über den Militarismus, aber weder er noch einer seiner Kollegen wurde noch auf diesen Bänken sitzen, wenn der alte Militarismus ihn nicht schloßen würde. Unfassbar ist es mir, wie man auf den Gedanken der Zertrümmerung Preußens kommen konnte. Das größte Glück für Deutschland war das Bestehen eines solchen großen Staates. Durch den geplanten Reichswirtschaftsrat wird, wenn er Gesetze fordern kann, die Nationalversammlung ausgegliedert. Die Kriegswirtschaft muß schneller abgebaut werden. Das deutsche Volk hat ein Recht auf einen Frieden der Festhaltung. Wir erwarten von unseren Unterhändlern diesen Standpunkt, sowie die Forderung nach Rückgabe unserer Kolonien und nach Milderung unserer Gefangenen. Mit Entzückung lehnen wir ein Schuldbekenntnis für den Krieg ab, das allen Tatsachen direkt widersprechen würde. Möglich wäre es allerdings, daß die Regierung aus Haß gegen die alten Nachbarn nach gibt und ihnen die Schuld beizumist. Das deutsche Volk hat keine Schuld. Mögen unsere Friedensunterhändler sich an den Verhandlungstisch setzen, erfüllt von dem Bewußtsein, daß hinter ihnen ein Volk von 70 Millionen steht, das entschlossen ist, lieber das Schwert zu ergreifen, als einen Frieden der Gewalt mit der Schwanz auf sich zu nehmen. (Beifall.)

Ministerpräsident Erzberger: Wenn ich recht verstanden habe, so hat der Herr Redner gesagt, er lasse es dahingestellt, ob etwa die jetzige Regierung sich bei Erörterung der Schuldfrage von ihrem Haß gegen ihre Vorgänger leiten lasse. Ich kenne sein Wort, das Ihnen (nach rechts) nicht erneut Gelegenheit gäbe, sich über meinen Ton aufzuhalten, um das zu kennzeichnen, was ich für über eine verzerrende Unterstellung.

Abg. Nieber (Deutsche Volksp.): Wenn man nun einmal versucht, rein objektiv die Bilanz zu ziehen über die Entwicklung seit der Revolution, wird man gerechtfertigt als Kreditgeber in erster Linie zu rechnen haben, daß die Mehrheitssozialdemokratie allem Widerstand zum Trotz die Einberufung der Nationalversammlung durchgeföhrt hat. Bei Feststellung der Debetposten muß die Frage beantwortet werden, ob die Mehrheitssozialisten überhaupt für das verantwortlich gemacht werden können, was die Unabhängigen und Spartaikisten ausgeführt haben. Die Mehrheitssozialisten können die Unabhängigen nicht von ihren Nachbarn abschütteln, diese wieder, auch wenn sie wollen, nicht die Spartaikisten. Um zu wissen, wieviel das Debetkonto auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir haben infolge der wahnfinnigen Lohnforderungen von Arbeitern, die als Revolutionärgewinnler der Kriegsgewinnler würdig zur Seite stehen, und infolge der Anstände eine Krise erlebt, wie sie in unserer Wirtschaftsgeschichte noch nicht dagewesen ist. In dem Regierungsvorschlag über die Verankerung des Räteystems in der Verfassung hat meine Fraktion noch nicht Stellung genommen. Wir begrüßen aber jede Maßnahme, die ein friedliches und harmonisches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht. Verwahrung aber legen wir heute schon ein gegen jede Einmischung der Räte in die Leitung der Betriebe. Unter dem Druck des allgemeinen Ausstandes hat die Regierung nun doch ein Sozialisierungsexperiment gemacht. Wir wollen keinen „Frieden“ haben, der von den Wilsonschen vierzehn Punkten abweicht. Ein Schuldbekenntnis wollen wir nicht abgelegt wissen. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht verschuldet. Wir verlangen ferner unsere Kolonien und protestieren gegen jede Erhöhung unserer Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich. Das Volk muß zu der Erkenntnis kommen, daß jetzt Disziplin, Arbeit und Sparsamkeit nötig sind. Es gilt nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit.

Abg. Seeger (Unabh. Soz.): Die Nationalversammlung ist nur eine verächtliche Auflage des alten Reichstages. Das wertvolle Volk hat keine Hoffnung mehr auf die Nationalversammlung. Eine sozialistische Firma verhandelt kapitalistische Ware. In Wahrheit regiert das Zentrum, das die Reinkultur stellt. Die Revolution wird weitergehen, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Vorher gibt es keine Ruhe. Die Regierung glaubt mit Gewalt das Rad rückwärts bringen zu können. Es ist ein vergebliches Beginnen. Wenn man glaubt, die Revolutionsbewegung aufhalten zu können, täuscht man sich. Die Revolution marschiert und sie wird siegen. Damit schließt die Aussprache. Der Etat wird an den Hauptausföhren verweisen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß von den Abgeordneten Bode, Grüber, von Bayer, Graf Poldowski und Dr. Heinze folgender Antrag eingegangen ist:

„Das deutsche Volk, das die Last harter Waffenstillstandsbedingungen in der Erwartung eines baldigen Friedens auf sich genommen hat, hat Anspruch auf einen Friedensvertrag, dem das von allen kriegführenden Staaten unwiderruflich als Grundlage angenommene Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika entspricht. Dieses Programm sichert allen Völkern die Selbstbestimmung, nationale politische Freiheit, Erlösung von der Rüstungslast, ein neues soziales Völkerecht, weicherzige Öffnung ihrer kolonialen Interessenfragen, einen Bund gleichberechtigter Völker, einen Rechtsfrieden, der die Gefangenen befreit und die